Interpellation

der Abgeordneten Dr. Falkner, Dr. Etzel (Bamberg), Dr. Seelos und Fraktion der Bayernpartei, Frau Wessel und Fraktion des Zentrums und Genossen

betr. Artikel 131 des Grundgesetzes.

Der Bundestag hat in seiner 71. Sitzung vom 22. Juni 1950 beschlossen:

"Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse des unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personenkreises bis zum 1. Juli 1950 vorzulegen."

Wir fragen die Bundesregierung,

- 1. aus welchen Gründen die termingerechte Vorlage des Gesetzes unterblieben ist;
- 2. bis zu welchem Zeitpunkt die Bundesregierung den Gesetzentwurf vorlegen wird.

Bonn, den 13. Juli 1950

Dr. Falkner

Frau Wessel und Fraktion

Dr. Etzel (Bamberg)

Schmidt (Bayern)

Dr. Seelos und Fraktion

Löfflad Reindl